

Umweltpolitik

Was die Wirtschaft für eine klimaneutrale Zukunft fordert

Europa treibt mit seinem ehrgeizigen Klimakurs die Transformation der Wirtschaft voran. Jetzt macht die Stiftung 2 Grad konkrete Vorschläge, wie das gelingen kann.



Fokus auf erneuerbare Energien: Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden.

Das Signal ist eindeutig: Die Politik legt die Latte beim Klimaschutz höher, die Wirtschaft muss sich wappnen. So soll das EU-Klimaziel 2030 nach dem Willen des Europaparlaments drastischer verschärft werden als bisher erwogen – und zwar von den heute geltenden 40 Prozent auf 60 Prozent. Die EU-Kommission hatte sich dafür ausgesprochen, die Emissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich noch nicht positioniert. Dafür zu sorgen ist Aufgabe der deutschen Regierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft bis Dezember.

Die Unternehmen machen Druck: „Die Wirtschaft steht zu einem ambitionierten und globalen Klimaschutz“, sagte Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, am Mittwoch. Immer höhere Ziele zu fixieren wäre jedoch nur nachhaltig, wenn die EU genau zu diesen Fragen gleichzeitig konkrete Antworten vorlege. Die gibt es nach Ansicht der Wirtschaft bislang nicht. So sieht es auch die Stiftung 2 Grad, eine wachsende Gruppe von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmen, die sich für Klimaschutz starkmacht. Vor dem EU-Ratsgipfel nächste Woche nutzt sie die Gelegenheit, von der Politik Rahmenbedingungen zu fordern.

„Die Europäische Union steht angesichts der Covid-19-Pandemie vor einer historischen Bewährungsprobe“, heißt es in einem Positionspapier der Stiftung, das dem Handelsblatt vorliegt. „Gleichzeitig gilt es, im Sinne einer krisenfesten Gesellschaft die Weichen für ein klimaneutrales Europa zu stellen.“ Das neunseitige Papier ist nach intensivem Dialog der Stiftung mit Unternehmen aus den Branchen Stahl, Chemie, Zement, Energiewirtschaft, Maschinen- und Anlagenbau, Finanzwesen sowie Gebäude und Mobilität entstanden, darunter sind Thyssen-Krupp Steel Europe, Wacker Chemie, Salzgitter und Heidelberg Cement.

Auch Siemens Energy, der Metallverarbeiter Otto Fuchs, die Papier- und Kartonfabrik Varel und der Automobilzulieferer Dräxlmaier gehören zu den beteiligten Unternehmen. Der von EU-Kommissionspräsidentin

Ursula von der Leyen vorgelegte Green Deal „muss nun konkretisiert und mit politischen Instrumenten hinterlegt werden“, sagte Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung, dem Handelsblatt. „Die Wirtschaft braucht jetzt dringend einen politischen Rahmen, damit klimafreundliche Investitionen sich rechnen.“ Die Unternehmen müssten jetzt schnell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Transformationsprozesse anzustoßen und weiterhin international wettbewerbsfähig zu sein.

„Made climate neutral wird das neue Qualitätsmerkmal für Produkte, so wie früher made in Germany“, meint Martin Gall, Chef der Dräxlmaier Group, und Hinrich Mähmann, Gesellschafter der Otto Fuchs KG, mahnt: „Auswahl und Gestaltung der politischen Instru-

55

Prozent sollen die CO₂-Emissionen in der EU bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 sinken.

Quelle: EU-Kommission

mente zur Umsetzung des Green Deals werden darüber entscheiden, ob weite Teile der Industrie in Europa und vor allem in Deutschland überleben.“

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Verschärfung des Klimaziels auf 55 Prozent erkennen Stiftung und beteiligte Unternehmen als „klimapolitisch sinnvoll“ an – unter der Bedingung, dass die Politik zeitnah Maßnahmen ergreift, die den Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität helfen.

Dazu gehört die Weiterentwicklung der CO₂-Bepreisung als „klimapolitisches Leitinstrument“ auf EU-Ebene. Die Bundesregierung solle im Zuge ihrer EU-Ratspräsidentschaft eine „klimapolitisch angemessene, sozial verträgliche Einführung einer CO₂-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr in Ergänzung zum bestehenden EU-Emissionshandelssystem vorantreiben und

möglichst weitgehend zur Entscheidungsreife bringen“, heißt es.

Der Fokus der Stiftung liegt auch auf wettbewerbsfähigen Energie- und Produktionskosten. Dazu gehöre, dass die Höhe der kostenlosen Zuteilung von CO₂-Zertifikaten und die CO₂-Strompreiskompensation bis 2030 nicht weiter verschärft werden. Über die Höhe der Zuteilung ist in den vergangenen Jahren immer wieder gestritten worden.

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Einführung eines Mindestpreises im Europäischen Emissionshandelssystem wird eher kritisch gesehen und sollte maßvoll ausgestaltet werden. Damit ist es nach Ansicht der Stiftung allerdings nicht getan: Es brauche ein klimapolitisches Gesamtkonzept, das die notwendigen Innovationen in den verschiedenen Sektoren vorantreibe. Klimapolitische Schlüsselfelder und -technologien müssten systematisch und strategisch vorangetrieben und gefördert werden, heißt es. Dafür brauche es nicht nur Innovationsgeist, sondern auch Versuchsfelder und Leitmärkte.

Gezielte staatliche Förderungen ermöglichen

Mit einem Mix aus Anreizen und Ordnungsrecht sollen Leitmärkte für CO₂-arm hergestellte Produkte geschaffen werden. Das Papier macht Vorschläge, wie klimapolitische Zukunftsfelder und Schlüsseltechnologien gezielt vorangetrieben werden können, etwa durch ein europäisches Flagship-Projekt zum Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, einen europäisch koordinierten Ausbau der erneuerbaren Energien und Investitionsimpulse zur Verdoppelung der Sanierungsrate im Gebäudebestand.

Gefordert wird auch eine Überarbeitung und Flexibilisierung des EU-Beihilferahmens, etwa für Investitionen in erneuerbare Energien oder zur Dekarbonisierung der Industrie, um gezielte staatliche Förderungen in Klimaschutz zu ermöglichen. „Es muss Leitlinie politischen Handelns sein, dass Unternehmen, die ihre Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse auf das Ziel der Klimaneutralität ausrichten, keine Nachteile gegenüber ihren internationalen Wettbewerbern entstehen“, heißt es in dem Papier. Silke Kersting

Homo oeconomicus

Hausputz ist kein Hobby

Die einen steigen auf Berge, die anderen züchten Rosen, mein liebstes Hobby ist es, mit Ökonomieprofessoren zu diskutieren. Am 24. April 2016 habe ich zum Beispiel an einen geschrieben, der im Ökonomenranking der „NZZ“ schon länger ziemlich gut abschneidet. Ein- oder zweimal war er der zweitwichtigste Ökonom der Schweiz, nach Ernst Fehr.

Ich fragte ihn: Warum kommt der größte Wirtschaftssektor, die unbezahlte Care-Arbeit, nicht im Bruttosozialprodukt vor und auch selten im Wirtschaftsteil der Zeitung?

Anders als Ernst Fehr, der mir in vier Jahren erst einen einzigen Satz gemailt hat, ist dieser Herr Professor ein aufgeschlossener Mensch. Ich bekam also Antwort: Ja, sicher gebe es außermärkliche Tätigkeiten, schrieb er mir, und sie trügen auch zur Wertschöpfung bei.

Selbstverständlich steige die gesellschaftliche Wohlfahrt, wenn Menschen in ihrer Freizeit schlafen oder essen oder ihr Haus putzen. Das sei aber kein Grund, diese Tätigkeiten zum Gegenstandsbereich der Ökonomie zu zählen. Denn von der statistischen Erfassung zur staatlichen Kontrolle sei es nur ein kleiner Schritt, weshalb er mir die Gegenfrage stellen wolle, ob ich denn bereit sei, für meinen Mittagsschlaf Steuern zu zahlen.

Was mir an der Antwort dieses Herrn gefällt, ist ihre Aufrichtigkeit. Ich hatte zwar schon vermutet, dass Ökonomen von all dem, was sich außerhalb des Geldkreislaufs abspielt, wenig wissen (wollen), weshalb sie keinen Unterschied sehen zwischen Hausputz und Schlaf. Aber das hatte mir noch keiner so deutlich gesagt.

Die meisten hatten sich entweder meinen Fragen entzogen, oder sie waren peinlich berührt gewesen, womöglich weil ihnen dämmerte, dass es nicht logisch ist, auf den ersten Seiten wirtschaftswissenschaftlicher Lehrbücher die Ökonomie als Lehre von der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu definieren, ab Seite zwei dann aber nur über Kaufen und Verkaufen zu reden.

Ich war deshalb froh, dass endlich ein Ökonom mir kurz und bündig erklärte, welche Annahmen er seiner Lehr- und Forschungstätigkeit zugrunde legt: Was Geld einbringt, ist Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft, befriedigt also per Definition Bedürfnisse.

Was außerhalb des Geldkreislaufs stattfindet, ist eine amorphe Masse von diversen (Nicht-)Tätigkeiten, die man sich besser nicht genauer anschaut, weil man sonst vielleicht mehr Steuern zahlen muss.

Was ist der Unterschied zwischen Schlafen und Putzen? Schlafen macht wach, Putzen macht müde. Schlafen regeneriert, Putzen ist Arbeit, die das menschliche Bedürfnis nach einer sauberen und geordneten Umgebung befriedigt. Ist eine ökonomische Theorie denkbar, die solche Unterschiede auch zwischen außermärklichen Tätigkeiten erkennt und anerkennt? Wem käme eine solche Ökonomie zugute? Wen soll ich als Nächsten fragen?



Ina Praetorius ist evangelische Theologin und Autorin von „Wirtschaft ist Care“.